

# Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern

von Wolfgang Kessler vom 25.05.2019

Ein rasender Finanzkapitalismus regiert die Welt. Wenige Megafonds und Weltkonzerne unterwerfen die Menschheit dem Diktat der Rendite. Wie könnte man den Kapitalismus verändern? In fünf Schritten, meint Wolfgang Kessler. Die Titelgeschichte in der neuen Ausgabe von Publik-Forum

Über Wirtschaft wird ständig geredet, doch eine offene Diskussion über den Kapitalismus ist noch immer verpönt. Das erlebte jüngst der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert. Kaum hatte Kühnert über eine Wirtschaft nachgedacht, in der Demokratie und gesellschaftliche Verantwortung nicht vor den Werkstoren haltmachen, in der auch Enteignung kein Tabu ist – da fielen sie über ihn her. Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hält »Diskussionen über Enteignungen dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer für einen Angriff aufs Gehirn«. Und Andrea Nahles sowie Olaf Scholz von der SPD kanzelten ihren Parteifreund wie einen Schulbuben ab (vergleiche Publik-Forum.de und Publik-Forum 9/2019). »Kühnert sagt die Wahrheit – und alle drehen durch«, bringt der Theatermacher Michael Herl die Debatte auf den Punkt. Herl hat recht. Denn gefährlich sind nicht die Gedanken von Kevin Kühnert, sondern jene Menschen, die sich vor diesen Gedanken fürchten. Der globale Kapitalismus der Gegenwart ist weit von jener sozialen Marktwirtschaft vor 1989 entfernt, die Volker Bouffier offenbar vor Augen hat.

Inzwischen regiert ein rasender Finanzkapitalismus die Welt. Wenige Megafonds und Weltkonzerne unterwerfen die ganze Menschheit dem Diktat der Rendite. Und die Politik öffnet diesen Investoren die Türen. In Deutschland kaufen Großinvestoren Wohnungen und treiben Mieten und Bodenpreise in schwindelnde Höhen. Beispiel Berlin: Da erwarb die Deutsche Wohnen in den letzten 15 Jahren mithilfe der Investmentbank Goldman Sachs 51 000 Wohneinheiten für zwei Milliarden Euro. Dann modernisierte sie die Wohnungen und trieb die Mieten in die Höhe. Inzwischen beträgt der Wert der Wohnungen sieben Milliarden Euro – fünf Milliarden Euro Wertsteigerung auf Kosten der Mieter.

Mit dem gleichen Ziel erwerben Investoren Pflegeheime und Krankenhäuser. Ihr Interesse gilt weder den Pflegebedürftigen noch den Kranken, sie wollen nur das Geld ihrer Investoren vermehren. Auch Datenkonzerne gehören zu den neuen Herren der Welt. Sie besitzen längst Technologien, die die lückenlose Überwachung aller erlauben. Das chinesische Modell von Diktatur und Kapitalismus ist nicht mehr fern.

Weltweit treibt dieser Finanzkapitalismus ein Wachstumskarussell an. Durchaus auch mit positiven Folgen: 1,5 Milliarden Menschen haben von der Globalisierung profitiert. Allein China hat 800 Millionen aus der Armut geholt. Doch die Kosten sind hoch: Die Meere werden vermüllt, das Klima aufgeheizt, und eine Million Arten könnten laut einem aktuellen UN-Bericht aussterben. Hinzu kommt die tiefe soziale Spaltung der ganzen Welt. Die Entwicklungsorganisation Oxfam rechnet vor, dass noch immer 1,5 Milliarden Menschen von weniger als 1,50 Dollar am Tag leben. Gleichzeitig sei das Vermögen der 1892 Milliardäre 2018 weltweit um 2,5 Milliarden Dollar gewachsen –

und zwar täglich. »Der Kapitalismus tötet«, schrieb Papst Franziskus schon 2013 in seinem apostolischen Schreiben »Evangelii Gaudium«.

Natürlich ist der Kapitalismus nicht die einzige Ursache für diese Probleme. Die Bedürfnisse der Menschen scheinen unersättlich, auch sie treibt die Gier. Eine wachsende Weltbevölkerung verschärft das Problem. Aber das kapitalistische System belohnt alles, was gewinnbringend verkauft wird – egal, ob es Nutzen stiftet oder zerstört. Im Zweifel kümmern sich Investoren wenig um die betroffenen Menschen, die Demokratie, die Zerstörung von Regenwäldern oder die Aufheizung des Klimas. Sie wollen Wachstum. Deshalb ist eine offene Debatte über die Veränderung dieses Wirtschaftssystems dringend erforderlich. Und auf Worte müssen Taten folgen: Es braucht den Mut, eine Wirtschaftsweise umzusetzen, die Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt. Fünf Alternativen zeigen, wie der Übergang in eine soziale, nachhaltige und menschengerechte Wirtschaftsweise gelingen kann.

## **1. Stoppt das Diktat der Rendite!**

Jahrzehntelang setzte die Politik auf Privatisierung, auch in der Daseinsvorsorge. Sie verkaufte öffentliches Eigentum – allein in Berlin verscherbelte die SPD-Regierung 209 000 preiswerte Wohnungen an Spekulanten. Das Rendite-Diktat regiert längst auch die digitale Welt: Das Internet ist von Privatkonzernen dominiert, die mit den Daten der Nutzer Geld verdienen. Es braucht deshalb eine drastische Wende: Pflege und Gesundheit sind soziale Aufgaben und müssen so organisiert werden, dass das Renditedenken keine Rolle spielt. Das gilt auch für Wohnen, Wasser, Strom und öffentlichen Verkehr.

In der digitalen Welt müssen Alternativen zur Herrschaft der Privatkonzerne aufgebaut werden: Zu Recht fordert die Medienethikerin Monika Grimm ein We-Book in der Hand der Bürger als Alternative zum Privatkonzern Facebook. Und brauchen wir nicht auch öffentlich-rechtliche Suchmaschinen als Alternative zu Google, damit unsere persönlichen Daten nicht weiter zur Gewinnmaximierung missbraucht werden?

## **2. Führt ein Grundeinkommen ein!**

Angst vor Abstieg und vor der Zukunft ist das beherrschende Gefühl in dieser Gesellschaft. Angesichts tiefgreifender Veränderungen durch die globale Konkurrenz und die Digitalisierung dürften diese Existenzängste weiter wachsen. Wenn diese Veränderungen im demokratischen Rahmen bewältigt werden sollen, braucht es soziale Sicherheit: ein Grundeinkommen für alle. Dabei geht es nicht darum, allen Bürgern – auch den Millionären – tausend Euro im Monat auszuzahlen. Es geht stattdessen um ein sozial gerechtes Grundeinkommen.

Stellen Sie sich Folgendes vor: Alle Bürger über 18 Jahre, die ihren Lebensmittelpunkt seit zehn Jahren in Deutschland haben, erhalten ein Anrecht auf ein monatliches Grundeinkommen vom Finanzamt in Höhe von zum Beispiel 800 Euro, Kinder und Jugendliche 400 Euro. Im Unterschied zu anderen Modellen wird dieses Grundeinkommen vom Finanzamt ausbezahlt und mit der Steuer verrechnet. Das heißt: Wer keine Steuern bezahlt, erhält das Grundeinkommen. Wer zum Beispiel

1800 Euro Steuern pro Monat zu zahlen hat, zahlt noch 1000 Euro, der Anspruch auf das Grundeinkommen wird auf die Steuerlast angerechnet.

Zugegeben, es klingt wie eine Neuberechnung der Steuer, doch es wäre eine gesellschaftliche Revolution: Niemand lebt mehr in absoluter Armut – und dies, ohne dass sich die Bürger vor der Bürokratie erniedrigen müssen. Das Grundeinkommen stärkt Menschen in allen Lebenslagen. Sie können ihr Leben kreativer und selbstbestimmter als heute gestalten. Und der gesellschaftliche Zusammenhalt wächst. Eltern können ihr Leben mit Kindern leichter organisieren, indem sie Erwerbsarbeit teilen. Sie hätten mehr Zeit für ihre Kinder. Ähnliches gilt für Bürgerinnen und Bürger, die Angehörige oder Freunde pflegen – oder die einem Ehrenamt nachgehen. Mit Grundeinkommen wird es leichter, die Arbeitszeit zu verkürzen, weil es die finanziellen Verluste abmildert. Und Arbeit zu teilen wird wichtig, wenn die Digitalisierung Arbeitsstunden wegrationalisiert.

Da nicht jeder Mensch das Grundeinkommen ausbezahlt bekommt und viele Leistungen wie Hartz IV oder Steuerfreibeträge wie das Ehegattensplitting nicht mehr nötig sind, ist es finanzierbar. Vorausgesetzt, die Politik hat den Mut zu einer Vermögensabgabe, zu einem höheren Spitzensteuersatz, zu höheren Steuern auf hohe Erbschaften und auf den Luxuskonsum. Klar: Das Grundeinkommen ist keine eierlegende Wollmilchsau. Es löst nicht alle Probleme. Aber es verschafft den Menschen ein wenig Unabhängigkeit vom Hamsterrad des Finanzkapitalismus – und gibt ihnen Sicherheit in Zeiten großer Umbrüche.

### **3. Schafft eine gerechte Klimapolitik!**

Noch immer wiegen sich Politik und Wirtschaft in einer schönen Illusion: Klimaschutz gelingt, wenn wir möglichst schnell auf neue Techniken wie erneuerbare Energien oder E-Autos setzen. Doch das ist ein Trugschluss. Bedenkt man, dass die Deutschen viermal so viele Treibhausgase ausstoßen, wie es klimaverträglich ist, braucht es viel mehr als neue Techniken: Notwendig ist die grundlegende Veränderung von Konsum und Produktion. Die wird erst kommen, wenn Umweltzerstörung, Verschwendung und Wegwerfwirtschaft durch Abgaben verteuert werden. Dann erst lohnt es sich für Verbraucher und Produzenten, Ressourcen zu schonen und Produkte zu reparieren statt wegzuerwerfen.

Gleichzeitig wird diese Ökopolitik nur akzeptiert, wenn sie sozial gerecht gestaltet ist. Ein Gedankenspiel zeigt, wie dies möglich wäre: Die Regierung erhebt Abgaben auf Kohlendioxid und auf endliche Rohstoffe. Das klingt abschreckend. Nehmen wir aber weiter an, dass die Regierung die Einnahmen aus den Ökoabgaben an die Bürger zurückgibt. Jede Bürgerin, jeder Bürger, jedes Unternehmen erhält im folgenden Jahr einen Scheck über den gleichen Betrag aus den Einnahmen der Ökoabgaben. Undenkbar? Nein, es geschieht schon. Die Schweizer Großstadt Basel erhebt seit 15 Jahren eine Stromabgabe – und zahlt im folgenden Jahr jeder Bürgerin, jedem Bürger (Kinder eingeschlossen) und jedem Unternehmen für jeden Arbeitsplatz den gleichen Betrag aus den Einnahmen aus der Abgabe zurück. Die Botschaft an alle: »Je weniger Strom du verbrauchst, desto mehr profitierst du von der Rückzahlung.« In Basel hat dies zur Einsparung von Strom geführt. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer nach diesem Muster wäre der Einstieg in die ökologische Revolution des Lebens und Arbeitens von

heute. Die gerechte Rückzahlung an die Bürgerinnen und Bürger würde garantieren, dass diese Revolution von der Bevölkerung akzeptiert wird – so ist es auch in Basel.

#### **4. Etabliert einen öko-fairen Welthandel!**

Noch immer bestimmen die Prinzipien des freien Welthandels die Weltwirtschaft, auch wenn sie in der Praxis durch eine egoistische Wirtschaftspolitik der USA, Chinas und der Europäischen Union außer Kraft gesetzt werden. Freihandel, das klingt gut: Die Abschaffung von Zöllen und mehr Konkurrenz sorgen überall für billigere Produkte. Alle können sich mehr leisten. Das Dumme ist nur, dass jetzt diejenigen Anbieter im Vorteil sind, die die schlechtesten Arbeitsbedingungen bieten, jene Länder, die geringe oder gar keine Umweltstandards haben, und die Unternehmen, die geringe Löhne zahlen. Zum Beispiel Baumwolle: Sie darf aus den meisten Ländern des Südens zollfrei importiert werden. Doch ihr Anbau verbraucht extrem viel Wasser, sorgt für Pestizid-Vergiftungen, und auf den Feldern werden Hungerlöhne gezahlt, damit die Wohlstandsbürger billige Kleidung haben.

Die Alternative wäre ein öko-fairer Welthandel. Dann würde Zollfreiheit nur noch für fair gehandelte Biobaumwolle gelten. Das hätte Folgen: Jetzt wird der Anbau jener Baumwolle billiger, für die gerechtere Löhne bezahlt werden, für die nur ein Zehntel Wasser gebraucht wird und die nicht mit Pestiziden behandelt wird. In dem Augenblick, in dem der Welthandel von der Politik öko-fair gesteuert wird, fördert er eine gerechtere und nachhaltigere Weltwirtschaft.

#### **5. Investiert in die Armen!**

Das kapitalistische Denken in Renditen und Großprojekten prägt längst auch die sogenannte Entwicklungspolitik. Da geht es um einen »Marshallplan für Afrika« oder ein Investitionsprogramm von 25 Milliarden Dollar zum Wiederaufbau der irakischen Stadt Mossul. Doch wie viele der geplanten Milliarden kommen wirklich bei den Menschen vor Ort an – und wie viel bei ausländischen Konzernen und Bürokraten?

Wäre es da nicht besser, von den Menschen aus zu denken? Ein Vorschlag: Die Geberländer für Mossul planen 3 der vorgesehenen 25 Milliarden Dollar für eine unkonventionelle Strategie ein. Alle Bewohner und alle Rückkehrer nach Mossul – Frauen, Männer und Kinder – erhalten zehn Jahre lang jeden Monat ein Einkommen von zwanzig Dollar. Damit kaufen sie Lebensmittel, Stoffe für Kleidung, Gips und Zement, um Wohnungen zu renovieren. Dann werden Bäckereien, Metzgereien, Nähereien, Handwerksbetriebe und Teestuben aus dem Boden schießen. Ein lokaler Wirtschaftskreislauf entsteht.

Das Beispiel Kenia zeigt, dass das funktioniert. In dem ostafrikanischen Staat erhalten rund 20 000 Menschen in 124 armen Dörfern seit zwei Jahren von der Organisation Givedirectly 22 Dollar pro Monat, auch die Kinder. Finanziert wird das über Spenden, ausgezahlt über ein Handy-basiertes, sicheres Zahlungssystem. Die erste Bilanz von unabhängigen Journalisten belegt: Der Hunger ist besiegt, alle Kinder und Jugendlichen besuchen Schulen, die Kleinkriminalität ist gesunken, in den Dörfern öffnen kleine Läden und Betriebe. Manche Familien sparen auf ein Stück Land oder auf Vieh. Speziell das Selbstbewusstsein der Frauen ist gewachsen, der

familiäre Zusammenhalt auch. Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich braucht Entwicklungspolitik auch Investitionen. Doch eine soziale Entwicklung schafft nur, wer in erster Linie in die Menschen investiert.

Es gibt sie also, die Alternativen zu einem globalen Kapitalismus, der Gesellschaften zerrüttet und die Welt bedroht. Immer mehr Menschen wünschen sich diese Alternativen: Millionen fordern weltweit eine entschlossene und mutige Klimapolitik; mehr als eine Million Bayern unterstützten ein Volksbegehren für eine umweltgerechte Landwirtschaft; mehr als 100 000 Berlinerinnen und Berliner unterzeichneten das Volksbegehren für die mögliche Enteignung großer Wohnungskonzerne. Nur: Die Mehrheit der Politiker verteidigt das herrschende Wirtschaftssystem – aus Angst vor den Lobbys der Mächtigen. Wie lange noch?